



Wo ist deine Heimat?

Angelica Dullinger

Der Schriftsteller Max Frisch hatte die Idee, mit einem Fragebogen herauszufinden, was die Menschen als ihre Heimat ansehen. Die – wirklich lesenswerten – Ergebnisse sind vielfältig, interessant und durchaus überraschend. Die Antworten zeigen auf, dass verschiedene Faktoren notwendig sind. Nicht immer ist es einfach der Ort, an dem ich geboren bin, wo ich Familie und Arbeit habe. Solche Faktoren zählen zum Beispiel nicht mehr, wenn diese Gegend von Umweltzerstörung heimgesucht wird oder die vorgefundene Kultur und Bräuche den eigenen Interessen völlig zuwiderlaufen.

Das deutet schon darauf hin, dass es schwierig wird, die richtige Strategie zu finden, wenn "Heimat" politisch festgelegt werden soll. Seit geraumer Zeit bezweckt die Bayerische Staatsregierung genau das. Sie möchte mit Hilfe der "Heimatstrategie" Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen ansiedeln. Das könnte über Investitionshilfen in umweltpolitisch notwendige Forschungseinrichtungen und Fertigungsfabriken erfolgen (z.B. in den Bereichen Energieeinsparung, Modernisierung der Verkehrsstruktur, Nahrungsmittelproduktion). Was passiert stattdessen? Tatsächlich wurden in großem Stil Münchner Behörden zerschlagen, funktionierende Standorte aufgelöst und vorhandene -!- Arbeitsplätze "in die Fläche" ausgelagert.

Das Finanzamt München war davon bereits mehrfach betroffen und musste in großem Umfang Stellen abgeben. Das hat für die Kolleginnen und Kollegen, die in München und Umgebung verwurzelt sind und dort bleiben möchten, erhebliche Nachteile. Seit dem Zusammenschluss der sieben Münchner Finanzämter zu einem



Hinterhof Karlstraße

Amt mussten wir zahlreiche Umzüge schultern und diverse Umorganisationen stemmen. Das eigentliche Ziel einer Finanzverwaltung, mit einem hoch professionell agierenden Personalkörper den Steuerabteilungen der im Ballungsraum München zahlreich vertretenen DAX- und internationalen Unternehmen fachlich Paroli bieten zu können, wird gelinde gesagt verwässert.

Die neueste Ankündigung, nochmals 300 -!-Stellen nach Schweinfurt zu verlagern, bringt das Fass zum Überlaufen. Die Verlagerung soll in vier Schritten und ohne Zwangsversetzungen vonstatten gehen und mit Neueinstellungen bewerkstelligt werden. Betroffen sind Teile der Münchner Veranlagungsstellen mit den anteiligen zentralen Diensten (Geschäftsstelle, Post, EDV-Betreuung), auch die Beförderungsstellen gehen mit...

Deshalb hat sich der Gesamtpersonalrat des Finanzamts München mit einem ausführlichen Schriftsatz an folgende Mandatsträger/innen, Personen und Institutionen gewandt:



- Staatsminister der Finanzen und für Heimat
- Amtschef des Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat
- Hauptpersonalrat im Bayerischen Staat Staatsministerium der Finanzen und für Heimat
- Bezirkspersonalrat Landesamt für Steuern München
- Bayerische Finanzgewerkschaft
- Gewerkschaft ver.di Bayern
- Mitglieder des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes (AÖD) im Bayer. Landtag

Inzwischen gibt es vom Vorsitzenden des AÖD, Herrn MdL Fackler, ein Gesprächsangebot und alle anderen Angesprochenen haben ebenfalls reagiert. Zusätzlich hat der Abgeordnete Arif Tasdelen (SPD) hierzu eine Anfrage im Plenum des Landtags gestellt. Doch Finanzminister Füracker bekräftigte seine Haltung, dass es bei der Auslagerung bleibt.

Uns ist klar: wer nicht pendeln muss und (näher) in seiner Heimat, der gewohnten Kultur und mit seinem Freundeskreis arbeiten und leben kann, profitiert hier. Für die Mehrheit der in München

Beschäftigten überwiegen allerdings ganz klar die Nachteile.

Das ließe sich mit einer Ausweitung der zwischenzeitlich leidlich erprobten Arbeit im Homeoffice eventuell vermeiden.

Schnelle Erfolge

Eine Million Jahre hat die Evolution gebraucht um uns zum aufrechten Gang zu bringen

Mein Chef dagegen schafft es in einem Monat das wieder rückgängig zu machen

Ballungsraumzulage erhöhen!

In Zeiten des Fachkräftemangels und zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes benötigen verbeamtete Beschäftigte eine spürbare Erhöhung der Ballungsraumzulage.

Hierzu hat ver.di eine Petition gestartet, um eine Erhöhung entsprechend der München-Zulage für Tarifbeschäftigte zu erhalten. Viele Kolleginnen und Kollegen haben sich bereits an Unterschriftenaktionen von ver.di beteiligt, herzlichen Dank!

Die Aktion wurde auch als Online-Petition gestartet und sie wird womöglich aufgrund der Pandemie verlängert. Bislang wurde nur ein Drittel des erforderlichen Quorums von 24.000 Unterschriften erreicht. Es gibt noch viel zu tun, mach mit!



v.l.n.r.: Beatrix Weidlich, Abt. IV, Jasmin Hofmann, ver.di-Sekretärin Bezirk München, Angelica Dullinger, Abt. III, Wolfi Untergehrer, Abt. IV.



Endlich. Steuerliche Pauschbeträge für schwer behinderte Menschen erhöht!

Am 29.10.2020 beschloss der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge, wodurch der § 33 b des Einkommensteuergesetzes ab 2021 entsprechend geändert wird.

Die steuerlichen Pauschbeträge werden ab 2021 für die meisten von uns Betroffenen jeweils verdoppelt, neu eingeführt wurde der Pauschbetrag ab einem Grad der Behinderung (GdB) von 20 in Höhe von 384 €. Die Beträge ändern sich wie folgt:

Pauschbeträge bis 2020	
GDB	Pauschbetrag
25 und 30	310€
35 und 40	430€
45 und 50	570€
55 und 60	720€
65 und 70	890€
75 und 80	1.060€
85 und 90	1.230 €
95 und 100	1.420€
hilflose, blinde und taubstumme Personen	3.700€

Pauschbeträge ab 2020	
GDB	Pauschbetrag
20	384 €
30	620€
40	860€
50	1.140€
60	1.440€
70	1.780€
80	2.120€
90	2.460€
100	2.840 €
hilflose, blinde und taubstumme Personen	7.400 €

Die Pauschbeträge waren seit **1975 (!!!)**, also 45 Jahre lang, nicht mehr angepasst worden.

Rechtzeitig vor dem (1992 eingeführten) Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung (jährlich am 03. Dezember) wurde nunmehr der Beschluss des Bundestages zur Erhöhung der Pauschbeträge veröffentlicht und damit eine langjährige gewerkschaftspolitische Forderung verwirklicht.

In der Richtlinie zur Behindertenpolitik der Gewerkschaft ver.di ist festgelegt, dass Behindertenpolitik eine der zentralen Aufgaben von ver.di ist.

ver.di gestaltet seine Politik für Menschen mit Behinderungen in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und arbeitet mit Organisationen und Verbänden zusammen, die sich für die Gleichstellung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen insbesondere am Arbeitsleben einsetzen.



Monika Huber Vertrauensperson der schwer behinderten Menschen beim Finanzamt München – Abteilung IV und stv. Gesamtvertrauensperson beim Finanzamt München



Die Anhebung der Behinderten-Pauschbeträge wurde von ver.di und DGB bereits seit Langem gefordert, zuletzt beschloss ver.di dies im behinderungspolitischen Leitantrag des fünften Bundeskongresses 2019. Die Positionen flossen in die Stellungnahme des DGB zum dem oben genannten Gesetz ein.

Was lange gedauert hat, wurde endlich gesetzlich verbessert. Jede und jeder von uns schwerbehinderten Beschäftigten wird durch die Erhöhung der Pauschbeträge ab 2021 monatlich ein paar Euro mehr auf dem Gehaltskonto haben, um den jeweiligen behinderungsbedingten finanziellen Mehraufwand besser auffangen zu können. In meinem Fall wird leider nur ein Bruchteil der Kosten aufgefangen, aber immerhin.....

Gewerkschafterin auf TikTok

Bei uns in Deutschland nutzen schon mehr als 5,5 Millionen Menschen die – durchaus umstrittene - chinesische App. Eine Gewerkschafterin der IG BCE, Maria Engfer-Kersten, ist mit einem privaten Account dabei. Sie dreht Videos, die sie aber ausschließlich privat veröffentlicht.

In ihren Posts geht es um Themen wie Fairness in der Arbeitswelt oder Toleranz. Ihre Beiträge werden durchaus kontrovers wahrgenommen. So erhält sie auch "extremes Zeug", dass sie nach ihren Aussagen löscht oder meldet. Die



Katharina Heymann, Jugendsekretärin ver.di-München Wolfgang Untergehrer, Lohnsteuer-Außenprüfer, FAM Abt. IV Martina Kaltenhauser, Internationales Steuerrecht, Landesamt für Steuern München

Warnungen von Datenschützer/innen nimmt sie ernst.

So möchte Engfer-Kersten nicht darauf wetten, dass TikTok "sauber" ist, was im Übrigen für alle anderen sozialen Netzwerke wie Facebook, Instagram etc. gilt. Daher wägt sie ab, was sie inhaltlich postet. Dazu gehören auch Positionen, die in China, Russland oder anderen autoritären Ländern verboten wären.

Und sie freut sich, wenn sich andere Leute anschließen. Ihr Account heißt: maria.gewerkschafterin.

Diversität – Ressource für die Finanzverwaltung – bunt in die Zukunft!

Markus Eisele

Diversität bietet ein Füllhorn an Möglichkeiten, weil Menschen von Natur aus divers sind.

Du weisst vielleicht nicht, was Diversität bedeutet? Gibt es Informationen zu Diversität?

Es gibt im <u>www</u> viele hilfreiche Möglichkeiten, Orientierung zu diesem bunten Thema zu erhalten, neue Perspektiven zu finden und wenn Du willst, Dich sogar professionell anleiten zu lassen:

www.younavigate.de

Diese Seite bietet kompetente und charmante Fortbildung.

Angefacht durch öffentliche Diskussionen sollten eigentlich verwaltungsseitig gestartete Untersuchungen beim Thema Diskriminierung und Ausgrenzung im öffentlichen Dienst Orientierung bieten können. Noch besser ist, wenn Du versuchst, Dich eigenständig mit dem Problem aktueller Ausgrenzung und dem Thema Diversität als Chance zu beschäftigen. Du wirst feststellen, Diversität kann niemals Mangel sein.

"Diversität kommt aus dem Lateinischen und bedeutet "Vielfalt". Synonyme sind Begriffe wie Unterschiedlichkeit, Verschiedenheit, Mannigfaltigkeit.





Diversität fokussiert Gemeinsamkeiten und Unterschiede des individuellen Menschen an sich und zwischen den Menschen.

Dabei stehen historisch gewachsene gesellschaftliche Differenzsetzungen im Mittelpunkt, die soziale Ungleichheiten hervorgebracht haben und nicht selten als Mangel verstanden werden." (Quelle: Surur Abdul-Hussain und Roswitha Hofmann, 2013)

Lässt Du Dir gerne Deine Augen öffnen? Geh mit Menschen, die Dir von heute an begegnen, offen um. Finde selbst einen ressourcenreichen und bunten Weg in die Zukunft.

Solltest Du persönlich im beruflichen Umfeld mit Gruppen verschiedenster Menschen eventuell als Vorgesetzte/r arbeiten, so gilt natürlich das ganz genauso. Reflektiere, dass Du selbst keine eindimensionale Person, sondern eine bunte Persönlichkeit bist. Sollten Dir Menschen begegnen, die Diversität bewusst oder unbewusst negativ einstufen, könnte eine Quelle wie www.antidiskriminierungsstelle.de hilfreich sein.

Diversität ist niemals Mangel, sondern stets Chance, eine Ressource und auch in der bayrischen Landesfinanzverwaltung ein Weg in eine bunte Zukunft.

Geht's noch oder bin ich "überlastet"?

Angelica Dullinger

Jetzt mal komplett losgelöst von allen Folgen und Zusatzbelastungen der aktuellen Pandemie:

Was ist, wenn bei mir nichts mehr geht? Wenn Hektik und innerer Druck überhandnehmen und ein konzentriertes Arbeiten - geschweige denn eine adäquate Fallzahlenerledigung – komplett ausgeschlossen ist? Wenn ich mich eher krank fühle, zunehmend gelähmt und dünnhäutig bin?

Vor den Folgen einer Überforderung aufgrund einer zu hohen persönlichen Arbeitsbelastung kann eine Überlastungsanzeige schützen. Sie ist auch für verbeamtete Kolleg/innen ein probates Mittel.

Nicht nur das:

Letztlich sollen Beschäftigte mit einer Gefährdungsanzeige ganz klar auch drohende Schäden vom Dienstherrn abwenden. Im Gegenzug unterliegt der Arbeitgeber der allgemeinen Fürsorgepflicht. Gemäß § 618 BGB ist er verpflichtet, Arbeitsabläufe so zu gestalten, dass die von Arbeitsräumen, Gerätschaften und Dienstleistungen ausgehenden Gefahren für Leben

und Gesundheit der Beschäftigten möglichst vermieden werden. Für öffentlich-rechtliche Beamtenverhältnisse ergibt sich die vergleichbare Verpflichtung des Arbeitgebers aus § 78 BBG bzw. § 45 BeamtStG. Die beamtenrechtliche Fürsorgepflicht stellt insoweit keine geringeren Anforderungen als das Privatrecht.

Der Personalvertretung steht nach Art. 75 Abs. 4 Nr. 8 Bayer. Personalvertretungsgesetz beim Arbeits- und Gesundheitsschutz ein Mitbestimmungsrecht zu. Daher ist es ganz entscheidend, gerade die Personalvertretung über die entsprechenden Problemlagen zu informieren.

Sinn und Zweck einer Überlastungsanzeige.

Sie dient dazu, dem Dienstherrn Mängel in der personellen Organisation der Beschäftigungsbehörde zu verdeutlichen, die u.a. dazu führen, dass das Arbeitspensum nicht mehr hinreichend bewältigt werden kann und Arbeitsfehler begangen werden. Sie hat also vornehmlich das Ziel, organisatorische Verbesserungen im Interesse des Dienstherrn an einer ordnungsgemäß funktionierenden Verwaltung zu erreichen. Dabei dür-





fen gerade die überlasteten Kolleg/innen nicht allein gelassen werden!

Aber Achtung:

Die Überlastungsanzeige berechtigt natürlich nicht zu pflichtwidrigem Handeln wie "Krankmachen", "Fernbleiben vom Dienst" oder "Dienst nach Vorschrift". Sondern sie dient dazu, die auf der besonderen Dienst- und Treuepflicht der Beamt/innen basierende bestmögliche Erfüllung der dienstlichen Aufgaben erst wieder zu ermöglichen.

Wollen wir das nicht alle?!

Ist der Veranlagungs-Innendienst systemrelevant?

Markus Eisele

"Systemrelevant", ich setze diesen unschönen Ausdruck ganz bewusst in Anführungszeichen, hieß es schon im Juli 1914. 1914? Das ist ja 106 Jahre her. Was hat das mit 2020 zu tun?

Am 31.07.1914 wurde die New Yorker Börse geschlossen und erst wieder am 18.11.1914 teilweise geöffnet. New York war verschuldet. Außenstände standen zum großen Teil in britischen Pfund rot in den Büchern. Wegen fehlender US-Dollars konnten keine britischen Devisen für die Anleihebedienung beschafft werden. Der Stadt drohte Insolvenz.

Doch soweit kam es nicht. New York war - historisch gesehen - "systemrelevant". Das US-Finanzministerium sprang zu Beginn des 1. Weltkriegs ein. Die Rückzahlung war garantiert. Was aber hat "Systemrelevanz" mit Menschen im Dienste der Öffentlichkeit zu tun? Und was hat sie mit Menschen im "Veranlagungs-Innendienst" beim Finanzamt München zu tun?

Ich frage mich grundsätzlich, was "systemrelevant" in Bezug auf Menschen aussagen soll? Sind Menschen, die nicht "systemrelevant" sind, dann zu vernachlässigen oder unbedeutend?

In Zusammenhang mit Menschen hörte ich den Begriff "systemrelevant" erstmals Donnerstag, 19. März 2020 und der wissenschaftlichen Beschreibung des Virus der Gattung SARS-CoV2. Die Erkrankung Covid19 kann im schlimmsten Fall zu irreparablen Schäden oder zum Tode führen. Die Folgen sind nicht auf eine einzige Gemeinde begrenzt. Der ganze Planet ist verseucht. Es handelt sich um eine Pandemie.

Was hat Pandemie mit "systemrelevanten" Menschen im Dienste der Öffentlichkeit und speziell im "Veranlagungs-Innendienst" beim Finanzamt München zu tun?

Am 19.03.2020 trat die Eindämmungs-Maßnahmen-Verordnung in Kraft. Einrichtungen und Geschäfte wurden ab März 2020 geschlossen, ebenso das Servicezentrum des Finanzamts München. Jedoch: Der Veranlagungs-Innendienst des Finanzamts München wurde **nicht** geschlossen. Veranlagungs-Innendienst ist Kernkompetenz. Viele der 3 000 Beschäftigen des Finanzamt Münchens waren betroffen und wurden ab 19. März 2020 "systemrelevant".

Wer nicht kurzfristig ein "Home-Office mit LAN-Kabel" zur Kernkompetenz einrichten konnte oder wollte, musste entsprechend § 5 Absatz 1 Satz 1 der Bayerischen Arbeitszeitverordnung (BayAzV) jeden Werktag in der Dienststelle entsprechend der AHA-Regeln erscheinen. Der § 5 Absatz 3 galt hier nicht!



Ab 02. Oktober 2020 wurde der Veranlagungs-Innendienst für das System "noch relevanter", weil Nachwuchs auszubilden ist. Die Anzahl der Nachwuchskräfte war größer, als die zur Verfügung stehenden räumlichen Möglichkeiten. Wir haben mit den technischen Möglichkeiten, die gelinde gesagt benutzungs- und zusätzlich "ausbildungsunfreundlich" sind, wie viele Kolleg/innen stündlich zu kämpfen.

Ich könnte an dieser Stelle noch weiter machen, aber das würde den Rahmen sprengen. Ich erhalte ja oft die folgende Anwort: **Alle** Menschen sind durch die Pandemie in Schwierigkeiten! Aber wenn ich schon "systemrelevant" bin, frage ich mich täglich: Weshalb wird mit meiner Arbeits- und Lebenszeit so wenig "relevant" umgegangen, wenn ich mal wieder stundenlang auf meinen Bildschirm starre und nichts passiert= und das habe ich übrigens schon vor der Pandemie leider viel zu oft tun müssen!

Durch die Pandemie offensichtlich gewordene Hindernisse sind:

- Tage- oder stundenweise "Programmdurchfall"; Beamte starren auf Bildschirme und nix passiert!
- Benutzung eines altmodischen DVI-Kabels, um sich auf den Bildschirm der auszubildenden Person aufzuschalten – Einbahnstraße! Anwärter/innen können das nicht.
- Die Auftragsübersicht außerordentlich benutzerunfreundlich – Programm mangelhaft...
- Speicherübersicht für den/die Anwender/ in sehr umständlich in der Anwendung.
- Ausbildung zu ELStAM nicht möglich keine Zwischenspeicherung intelligent geht anders. Auszubildende können nur hinter dem/der Ausbilder/in stehen und ggf. ihm/ihr in den Nacken atmend zusehen. Dies hat so gar keinen geltenden AHA-Effekt. Hier hilft Lüften nicht. Nein, ELStAM ausbilden geht gar nicht!
- Ausbildung mit der eAkte oh je! große Katastrophe lange Ladezeiten, Abstürze,... Was für ein Desaster!

Staatliche Corona-Hilfen

Gastbeitrag Uwe Olles, Vorsitzender ver.di-Arbeitskreis Steuer auf Bundesebene

Aufgrund der Corona-Pandemie werden gewaltige finanzielle Mittel von der öffentlichen Hand zur Krisenbewältigung eingesetzt und noch weiter benötigt. Damit die Zeche nicht - wie in der Vergangenheit – ganz überwiegend von den Arbeitnehmer/innen und Rentner/innen bezahlt bzw. durch Kürzungen im Sozialbereich finanziert wird, hat der Arbeitskreis Steuer- und Finanzverwaltung einen Maßnahmenkatalog mit sieben Punkten zur künftigen Finanzierung des Staatshaushalt aufgestellt:

- Zahlung staatlicher Corona-Hilfen ausschließlich an Unternehmen, die ihre Gewinne in der Vergangenheit nicht in Steueroasen verlagert haben.
- 2. Einführung effektiver gesetzlicher Regelungen, die organisierten Steuerbetrug wie z.B. Cum-Ex, Cum-Cum, Umsatzsteuer-Karusselle etc. weitgehend ausschließen.
- 2. Einführung der Generalunternehmerhaftung bei Subunternehmerketten.
- 4. Umsetzung der gesetzlichen Regelung zum Manipulationsschutz bei Bargeldbetrieben und Ausweitung auf alle Bargeldbranchen, Beschränkung des Bargeldverkehrs auf Waren des täglichen Gebrauchs und Einführung einer Obergrenze von bspw. 1.000 € wie in den meistens anderen Staaten (dient auch zur Bekämpfung der Geldwäsche).



Uwe Olles, ver.di Bundesfachkommission



- 5. Moderate Besteuerung von stillen Reserven, statt Steuerstundung auf unbestimmte Zeit.
- 6. Abschaffung des § 8b KStG.
- Regelung einer Vermögensabgabe vergleichbar mit der Lastenausgleichsabgabe nach dem 2. Weltkrieg.

Darüber hinaus wird gefordert, für das während der Pandemie gezahlte Kurzarbeitergeld den Progressionsvorbehalt auszusetzen. Auf diese Weise können Belastungen für viele Beschäftigte in der schwierigen wirtschaftlichen Situation vermindert werden. Zudem würde durch diese Maßnahme auch die Arbeitnehmer-Veranlagung in den Finanzämtern erheblich entlastet, denn aufgrund des Progressionsvorbehalts werden viele Arbeitnehmerfälle zu Pflichtveranlagten.

Unter dem Strich

Systemrelevanz

Wolfgang Untergehrer

"Ausgeklatscht" – so wollte ich mal die Seite betiteln, quasi als Symbol dafür, wie schnell die sogenannten Held/innen der Corona-Krise, also Pflegekräfte, Verkäufer/innen, Busfahrer/innen oder Beschäftigte der Lebensmittelbranche dann doch wieder im gesellschaftlichen Aus gelandet sind. Was wurde doch alles gemutmaßt, geradezu zwangsläufig würde die Zivilgesellschaft nun anerkennen, was diese Leistungsträger/innen jahrein-, jahraus leisten, nimmermüde und das trotz einer höchst bescheidenen Bezahlung.

"Systemrelevanz" wurde es dann als Titel, auch wenn mich dieser mechanistische Begriff ziemlich stört und auch verärgert. Rädchen im Getriebe, Teil der Maschinerie bzw. Hamster im Laufrad – all das schwingt da mit und weist zumindest auf eine negative, bestenfalls bürokratisch-technokratische Einstellung der Person zu den Menschen.

"Die BP ist in Coronazeiten nicht systemrelevant!", so sprang mich die Schlagzeile von juve-steuermarkt.de am 02.04.2020 geradezu an. Thomas Eisgruber vom Bundesfinanzministerium, Referatsleiter für Internationale Betriebsprüfungen, berichtete über die "Vollbremsung",



Wolfgang Untergehrer

die er bei der Außenprüfung seit März 2020 diagnostizierte. Die Unternehmen hätten derzeit "ganz andere Sorgen", die Unternehmen könnten keine logistische Unterstützung leisten und die Betriebsprüfer könnten nicht ins Unternehmen kommen.

Ich kann ja noch nachvollziehen, dass man im April 2020 unsicher war, wie es ganz konkret weitergehen könne. Sicher auch eingedenk der digitalen Halbwüste in der Finanzverwaltung, denn da würde noch sehr viel mehr gehen, gerade bei der Unterstützung in IT-Fragen. Die Öffnung der Prüferlaptops zur Erleichterung des Datenaustausches, die Anstellung von Spezialprüfer/innen für die EDV-Unterstützung der Außendienste (die es in anderen Bundesländern gibt), das möchte sich der Freistaat Bayern dann doch lieber nicht leisten.

Aber es geht irgendwie... Reicht uns das?

Nach meiner Erfahrung im Außendienst bin ich mir sicher, dass diese Aussage von Herrn Eisgruber recht repräsentativ ist für die Einstellung der Politik im Freistaat Bayern zu den Außendiensten: Die Beschäftigten sollen funktionieren und sie tun das auch, egal wie unterbesetzt die Bereiche auch gehalten werden. Und wenn Bedarf ist in den genauso stark unterbesetzten Innendienstbereichen, dann werden die Kolleg/



innen der Außendienste halt ad hoc abgezogen und umgesetzt, schneller als sich Markus Söder eine neue Pressekonferenz ausdenken kann.

Ver.di kritisiert seit Jahren, dass die Unterbesetzung der Prüfungsdienste – gerade in den süddeutschen Bundesländern - als mehr oder weniger elegante Form der Wirtschaftsförderung genutzt wird, Wirtschaft natürlich immer aus der Perspektive von Konzernen und anderen Großunternehmen. Solange der kleine Mann und die kleine Frau die staatlichen Aufgaben finanziert – weshalb dann bitte die Unternehmen mit Außenprüfungen behelligen?

Um mich nicht (absichtlich) misszuverstehen:

Held/innen sind wir im Prüfungsdienst sicher nicht und schon gar nicht eine höhere Kaste im Finanzamt. Alle werden wir gebraucht und erfüllen unser Arbeitspensum!

Aufgabenerfüllung im Sinne einer gerechten Steuerpolitik – da verstehen wir von ver.di offensichtlich etwas ganz anderes als die Verantwortlichen für den Personaleinsatz der Steuerverwaltung.



Homeoffice

Homeoffice – das Gelbe vom Ei?

Angelica Dullinger

ENDLICH! Ab 01.01.2021 gilt die neue Dienstvereinbarung zur Telearbeit. Sie tritt in Kraft, sobald die Regelungen aufgrund von Corona für das Homeoffice überholt sind.

Inzwischen werden die meisten von Euch die Arbeit von zuhause getestet haben. Damit kennt Ihr aus eigener Erfahrung die unbestreitbaren Vorteile (Wegfall von Fahrzeiten, Schutz vor Anstekkung, Möglichkeit zu konzentriertem Arbeiten etc.).

Klar ist: wir sind froh und erleichtert, wie überraschend unbürokratisch die Arbeit im Homeoffice gestattet wurde.

Leider ist nicht alles Gold, was glänzt. Etwaige Nachteile werden erst allmählich bewusst.

Schon im ersten Halbjahr 2020 ist die Zahl der psychischen Erkrankungen um 80 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen, so Arnd Schaff, Institut für Gesundheit & Soziales der FOM Hochschule. Auch ausgelöst durch die Angst vor Jobverlust oder Pleite – eine Sorge, die verbeamtete Kolleg/innen eher selten teilen.

Trotzdem steigen psychologische und andere Belastungen im Homeoffice auch bei Beamt/innen mit zunehmender Dauer der Pandemie. Dies hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) ermittelt. Zum DGB-Index "Gute Arbeit 2020" wurden 6.300 ab-





hängig Beschäftigte aus allen Branchen und Berufsgruppen befragt.

Besonders markante Ergebnisse sind:

16 Prozent der mobilen Beschäftigten arbeiten wöchentlich mehr als 48 Stunden. Und die erbrachte Arbeitszeit wird bei einem Viertel der Beschäftigten nicht vollständig angerechnet.

54 bis 62 Prozent fühlen sich bei der Arbeit häufig gehetzt. Bei Präsenz-Arbeitsplätzen liegt der Anteil mit hoher Arbeitsbelastung dagegen bei 46 Prozent.

Ein Fünftel der Befragten muss außerhalb der normalen Arbeitszeit für betriebliche Angelegenheiten erreichbar sein.

Fast 30 Prozent der Beschäftigten im Homeoffice erledigen dienstliche Aufgaben außerhalb der normalen Arbeitszeit und damit unbezahlt.

17 Prozent der Mobilarbeitenden haben eine verkürzte Ruhezeit, am festen Arbeitsplatz liegt der Anteil bei 10 Prozent. Unterbrechungen (auch kurze) der Ruhezeit stören die Regeneration.

46 Prozent können trotz/wegen Homeoffice häufig nicht richtig abschalten (feste Arbeitsplätze: 34 Prozent).

38 Prozent sind im Homeoffice, damit sie die Arbeit von zu Hause erledigen können, weil sie Kinder unter 18 Jahre haben.

34 Prozent – und damit überdurchschnittlich viele der Beschäftigten - haben häufig Schwierigkeiten, Arbeit und Privatleben zu vereinbaren. Am festen Arbeitsplatz hat dagegen ein Viertel der Betroffenen entsprechende Probleme.

Ein Viertel erbringt die berufliche Tätigkeit zu Hause ausschließlich mit eigenen Geräten oder teilweise mit privaten Arbeitsmitteln. Die Arbeitgeber sind zwar dazu verpflichtet sind, alle Mittel zur Verfügung zu stellen, die für die Erledigung der Arbeitsaufgabe notwendig sind – allerdings nicht an allen Orten.

Ein Drittel der Beschäftigten im Homeoffice arbeitet dort eher fremdbestimmt.

67 Prozent - die klar überwiegende Mehrheit der Beschäftigten - möchte allerdings gar nicht von zuhause arbeiten. Gründe sind:

43 Prozent fehlt die räumliche oder technische Voraussetzung.

73 Prozent geben fehlende Arbeitsmittel an.

69 Prozent wünschen sich den persönlichen Kontakt zu Kolleginnen und Kollegen.

62 Prozent möchten Arbeit und Privatleben getrennt haben.

Im DGB-Report wurde für die Arbeit im Homeoffice ein Gesamtindex von 65 Punkten erreicht, was im unteren Mittelfeld angesiedelt ist. Ein Indexwert von 50 Punkten wird als schlechte Arbeit bewertet. Knapp darüber, mit 51 Punkten, wurde auch die Arbeitsintensität kritisch bewertet.

Ein Ergebnis von 80 Punkten und mehr würde "gute Arbeit" ausweisen. Charakteristisch dafür wäre eine hohe Ressourcenausstattung, ein verträgliches Belastungsniveau, eine positiv bewertete Einkommenssituation und gute berufliche Zukunftsperspektiven.

Es gibt ganz viel zu tun – nicht nur, aber auch in Sachen Homeoffice!

Globale Gerechtigkeit vor und nach Corona

Was hat sich durch die Pandemie verändert?

Milliardäre und internationale Konzerne im Blick!

Bildungsveranstaltung des Bayerischen Seminars für Politik

Von 15.03, bis 19.03.2021

Ort: Hotel Seeblick, Bernried am Starnberger See

Teilnahmebeitrag 249 Euro (für Auszubildende um 50% ermäßigt)

bsp@baysem.de Telefon 089 - 260 90 06

Seminarnummer 21B0301



Wenn alles klappt ...

unternehmen wir am Pfingstwochenende einen Ausflug mit der Bahn nach Lindau.

Die Reise dauert von 21.05. (Abfahrt nachmittags) bis Pfingstmontag, 24.05.2021 (Ankunft München gegen 18 Uhr) und umfasst einen Besuch im Spielcasino, eine Schifffahrt zur Insel Mainau und eine Stadtführung in Bregenz. Ab Mai findet in Lindau eine Kunstbiennale statt.

Programm und Preise auf Anfrage, bitte an: <a href="mailto:a.com/a

Für eine Gruppe von 20 Personen ist im Hotel vis à vis reserviert.



Save the date!

Wir wiederholen das Seminar Reichsfinanzverwaltung und Nationalsozialismus mit dem versierten Dozenten Klaus-Dieter Gössel aus Berlin. Es findet statt von

Montag, 26. Juli bis Mittwoch, 28. Juli 2021 im Evangelischen Bildungszentrum Hesselberg.

Sonderurlaub nach § 10 Abs. 1 Nr. 5 UrlMV kann gewährt werden. Das Programm bitte anfordern: a. dullinger@gmx.de



Kein KONSENS?

Angelica Dullinger

Der Bayerische Oberste Rechnungshof (BORH) hat eine bemerkenswerte Stellungnahme zum KONSENS-Verfahren verfasst. Im vorliegenden Bericht wird die historische, fachliche und fiskalische Entwicklung dieses Dauerprojekts umfasend dargestellt.

Seit den sechziger Jahren setzt die bayerische Staatsverwaltung IT ein, aber erst im Jahr 2004 ist es auf der Finanzministerkonferenz gelungen, sich auf die Zielsetzung eines bundeseinheitlichen Verfahrens, genannt KONSENS, zu verständigen. Bis 2019 sind in diesem Zusammenhang Ausgaben von rund 1.200.000.000 Euro (1,2 Mrd. €) angefallen. An Personalkosten waren allein im Jahr 2019 152,4 Mio. Euro zu veranschlagen. Insgesamt sind bundesweit knapp 4.000 Vollzeitkräfte (VZK) im IT-Bereich tätig, davon 950 -!- in Bayern. Hinzu kommt das Personal externer Dienstleister - beispielsweise 148 Vollzeitkräfte allein in Bavern. Die Kosten für die externen Dienstleister liegen übrigens im Vergleich zu internen Mitarbeiter/innen um 53% höher, aber das ist ein anderes Thema.

Bis 2017 nutzten die 16 Länder bereits 19 KON-SENS-Verfahren.

Da viele IT-Anwendungen für die aktuelle Arbeit benötigt werden, muss parallel für die Entwicklung und Pflege der bisherigen dezentralen Länder-Anwendungen wie auch für die Entwicklung der gemeinsamen KONSENS-Software Personal eingesetzt werden (279 VZK für KONSENS, 186 VZK für "alte" Anwendungen). "Selbst die zentralen Kernverfahren für die Festsetzung und Erhebung der Steuer und den Grundinformationsdienst sind noch nicht vollständig vereinheitlicht" merkt kritisch der BORH an.

Ebenso deutlich stellt der Bericht heraus, dass für das Steuervolumen, die Anzahl der Anwender/innen, Fallzahlen und Zeitersparnis pro Fall keine objektiven Maßstäbe angelegt werden. Seine Einschätzung zur Sinnhaftigkeit des Projekts ist deutlich: Zwar überwiegt der praktische Nutzen für die Anwender/innen, doch für die Steuerbürger/innen und für die Verwaltungen als





Auftraggeber ergeben sich aus KONSENS nur geringe Vorteile bzw. Ersparnisse.

Als Termin für die Ablösung der Kernverfahren wird 2029 genannt, was immer noch einen Restaufwand an 293 Personenjahren ergibt.

Auf Basis der Evaluation stellt der BORH eine klare Notwendigkeit für .

- eine vollständige Ermittlung und Erfassung der in den Ländern eingesetzten Nicht-KON-SENS-Anwendungen, als Grundlage für die ...
- Prüfung, ob übergangsweise eine Zusammenarbeit bei den Nicht-KONSENS-Anwendungen oder die Ablösung durch ein KONSENS-Verfahren sinnvoll ist.

Bei der Umsetzung von KONSENS wurde keine der anerkannten Methoden zur Projektsteuerung eingesetzt. Dazu gehören eine klare Zieldefinition, eine verantwortliche Leitung, eine Detailplanung und fest zugeordnete Mitarbeiter/innen - all das fehlt durchgängig.

Der kritischen Sicht auf sage und schreibe 16 Jahre KONSENS kann sich ver.di nur aus vollem Herzen anschließen.

KONSENS, die **Ko**ordinierte **n**eue **S**oftware-**En**twicklung der **S**teuerverwaltung, soll eine bundesweit einheitliche Software gewährleisten. Hierfür arbeiten Bund und Länder seit 2007 zusammen. Ziel ist, die Steuereinnahmen von jährlich 638 Mrd. Euro besser zu verwalten. Die Kosten von bislang 1,2 Mrd. Euro werden bis zum Jahr 2024 auf 2.000.000.000.000.000 Euro steigen!

Eine Selbstverständ- lichkeit?

Wolfgang Untergehrer

Auch wenn es der § 87 Absatz 1 AO ganz lapidar formuliert – eine Selbstverständlichkeit scheint "Die Amtssprache ist Deutsch" nicht (mehr) zu sein.

Deutsche Sprache und die Bayerische Finanzverwaltung – das ist leider generell keine echte Liebesbeziehung. Oft unverständliche, lange Schachtelsätze (sog. "Juristendeutsch"), die überbordende Nutzung von Abkürzungen, Fremdwörtern und/ oder Fachvokabular – all das erschwert es bereits bisher den Bürger/innen, die Schreiben unserer Verwaltung nachvollziehen zu können.

Wir Außenprüfer/innen dürfen bereits seit vielen Jahren bei unseren Kontakten mit den Topkanzleien oder Großunternehmen wunderschöne Wortschöpfungen kennenlernen, wenn uns z.B. vom "Chief Executive Officer", vom "Head of Tax/ Finance/ Human Resources" oder vom schlichten "Controller" endlich "Feedback" für unseren letzten "request" versprochen wird, da



Karl Valentin-Brunnen Viktualienmarkt



war ja doch noch einiges "pending". Mit besonderer Freude erfüllt uns, wenn unsere Anfragen zur "Payroll", zur "Car Policy" oder zum "General Ledger" "granular getrackt" werden und das angekündigte baldige "Roll-out" mehr darstellt als eine mehr oder weniger verbindliche "Letter of Intent". "Da haben wir uns committed…" Und und und….

Weil das immer noch nicht genügt (?) und die Verwaltungsspitze – zumindest sprachlich – modern (bzw. besser "up to date") sein möchte, wird bei uns in Bayern offensichtlich gerade in Corona-Zeiten verbal deutlich nachgerüstet. Da lässt man gern Begriffe wie "Single Point of Contact" (aus einem Schreiben des LfSt), "Contact Tracing Teams" (mehrfach im AIS) oder Country-by-Country Reporting (im AIS, auch gern mit der Abkürzung: CbCR) fallen (droppen verkneife ich mir).

In der sicheren Erwartung, dass da "noch viel mehr" geht (Hauptsache nicht in Deutsch): Haben wir den "point of no return" bereits überschritten?

Bücher, die wir empfehlen

Das Gift der Ungleichheit

Akribisch hat der Chefökonom von ver.di, Dierk Hirschel, nach Ursachen und Auswirkungen von Ungleichheit geforscht und dabei die wichtigsten Politikfelder in Deutschland im Blick.

Dietz-Verlag, 22 Euro

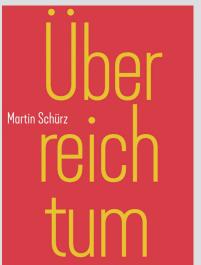
Überreichtum

In Grafiken sieht die Vermögensverteilung in Deutschland oft so aus wie eine umgekehrte Pyramide: Der absolute Löwenanteil des Vermögens gehört den Wohlhabendsten 5%, die restlichen 95% der Bevölkerung haben den deutlich kleineren Teil der Werte zu eigen. Festzuhalten ist in diesem Zusammenhang, dass in den Jahren 2011 bis 2014 u.a. Vermögenswerte von fast 30 Milliarden Euro an 90 Kinder im Alter von unter 14 Jahren vererbt wurden. Die Einnahmen aus der Erbschaftssteuer lagen 2015 in Deutschland dagegen bei vergleichsweise bescheidenen 6,3 Milliarden Euro.

Der Autor Martin Schürz führt anhand solcher Zahlen vor Augen, was problematisch am Überreichtum ist: Er gefährdet die Demokratie, weil keine politische Gleichheit mehr gegeben ist.

Campus-Verlag, 24,95 Euro





Tarifrunde: Am finanziellen Tropf

"Und den Gewerkschaften fällt offenbar nichts Besseres ein, als in den Kampf zu ziehen".

So spricht so mancher Volksmund und auch die Medienwelt ist sich weitgehend einig: Jetzt von den öffentlichen Arbeitgebern höhere Vergütungen und bessere Arbeitsbedingungen einfordern, das ist "unverschämt", "ungerechtfertigt" und geradezu "unverantwortlich".

Dazu unsere klare Position:

Das Streikrecht gehört wie das Koalitionsrecht zu den verfassungsrechtlich garantierten Grundrechten. Es ist mehr als legitim, dass ver.di, Beamtenbund und Co. als Interessenvertretung der Beschäftigten versucht, bessere Arbeitsbedingungen auszuhandeln und wenn nötig in einer Tarifrunde zu erkämpfen.

Zumindest einzelne Publikationen bringen es auf den Punkt, so die Nordwest-Zeitung:

Vom Applaus auf dem Balkon können sich Pflegekräfte oder Kita-Beschäftigte nichts kaufen.

Was auch ganz wichtig ist in diesem Zusammenhang: Viele Kommunen hingen bereits vor der Corona-Krise am finanziellen Tropf. Die finanzielle Ausstattung gerade der Gemeinden muss so nachhaltig gestärkt werden, dass sie in der Lage sind, den Beschäftigten gerechte und adäquate Vergütungen zu zahlen.

Um die sozialen Forderungen mit dem Klimawie Umweltschutz offensiv zu verbinden, haben sich diesmal die Gewerkschaft ver.di und Aktivist/Innen der fridays for future-Bewegung zusammengeschlossen. Sie setzen sich für eine Verkehrswende ein, die mit attraktiven Arbeitsbedingungen und mehr Personal im ÖPNV unterstützt werden soll.

ver.di führte die Tarifverhandlung für 87.000 Beschäftigte in 130 kommunalen ÖPNV-Unternehmen durch. Sie wurden von gemeinsamen Aktionen mit fridays for future begleitet.

TV - neu auf ver.di - homepage

- Tarifrunde Öffentlicher Dienst
- Mehr Müll stinkt, mehr Geld nicht
- Petra Gemmer, Meisterin Bäderbetriebe



Der Kollege Franz Gassner ist seit einer gefühlten Ewigkeit Hausmeister beim Finanzamt München Abteilung III. Als Tarifkraft ist er bei ver.di seit Jahrzehnten dabei. Jetzt wurde er für seine 40jährige Mitgliedschaft geehrt. Die ver.di-Betriebsgruppe dankte ihm für seine dauerhafte Unterstützung!

Auch verbeamtete Kolleginnen und Kollegen sind bei der Gewerkschaft ver.di willkommen! Wir sind im Bezirk München, auf Landes- und Bundesebene für die Beschäftigten der Finanzverwaltungen aktiv und immer im Einsatz – soweit die Kräfte reichen. Mit mehr Mitgliedern geht's noch besser.





Einladung zum Stammtisch

Wir wollen die Durststrecke überwinden und laden Dich herzlich ein zum virtuellen ver. di-Stammtisch:

am Donnerstag, 11. März 2021 von 17 bis 19 Uhr

über WebEx

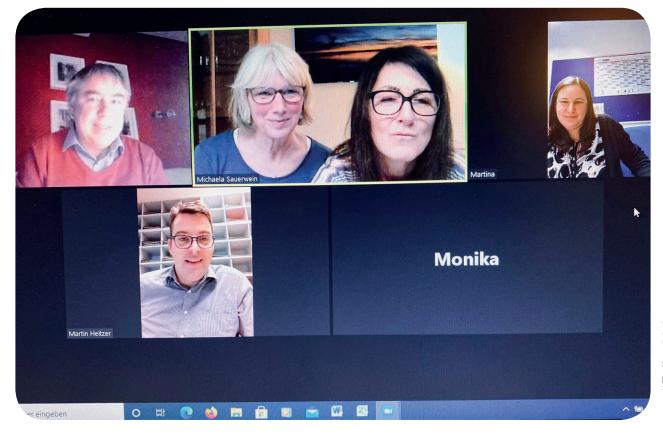
Themen sind:

Was ist los im Finanzamt München? Wie läuft's im Homeoffice? Und vieles mehr...

Bitte bis 5. März 2021 anmelden bei Angelica Dullinger: a.dullinger@gmx.de

Die Zugangsdaten mit Link werden dann zeitnah gemailt.







ver.di: Zeitumstellung jetzt

Wolfgang Untergehrer

Die ver.di-Spitze bleibt dran. Frank Werneke und Christine Behle fordern von Bundesinnenminister Seehofer einen Fahrplan zur stufenweisen Angleichung der Wochenarbeitszeiten der Bundesbeamt/innen an die Arbeitszeit der Tarifbeschäftigten. Bereits während der Tarifverhandlungen bei Bund und Kommunen war unsere Kampagne "Zeitumstellung jetzt! Es ist Zeit für 39 Stunden pro Woche!" eine ganz zentrale Forderung.

Es ist mehr als angemessen, dass nach Seehofers Zusage zumindest die finanziellen Regelungen der Tarifeinigung vom 25.10.2020 (Entgel-

terhöhungen und Corona-Sonderprämie) zeit- und wirkungsgleich auf die Bundesbeamt/innen übertragen werden.

Ein weiteres, für uns besonders wichtiges Zeichen der Anerkennung und der Wertschätzung für das Engagement der Beamt/innen wäre aber die Erfüllung des langjährigen Versprechens, die Wochenarbeitszeiten der Bundesbeamt/innen – endlich! - von derzeit 41 Stunden an das geltende Tarifniveau von 39 Stunden anzugleichen. Diese Angleichung ist nicht nur überfällig, sondern wäre auch für unsere Kolleg/innen gerecht wie attraktiv.

Die wöchentliche Arbeitszeit müssen und werden wir von ver.di auch im Rahmen der Tarifrunde 2021 für den öffentlichen Dienst der Länder ganz stark in den Fokus nehmen.

40:06 Wochenstunden in Bayern - diese dunkelrote Laterne müssen wir ganz dringend über Bord werfen: Zeitumstellung jetzt!

And the winner is ...

Anspruchsvoll war es wie immer, unser traditionelles Rätsel, aber "das stört doch keinen großen Geist"! Als Preis für die Mühen gab es einen echten Klassiker von Astrid Lindgren - Helmut Martin aus der ÜVSt freute sich über die gebundene Ausgabe von "Karlsson vom Dach".

Wie würde unser Karlsson das formulieren:

"Ich bin ein schöner und grundgescheiter und gerade richtig dicker Mann in meinen besten Jahren."



elmut Marti

Führung durch den Alten Südfriedhof

Michaela Sauerwein und Emanuel Schmid

Am 30.09.2020 besuchte die ver.di-Betriebsgruppe zusammen mit interessierten Kolleg*innen den Alten Südfriedhof, etwas südlich vom Sendlinger Tor gelegen. Florian Scheungraber von der Landeshauptstadt München führte die ca. 15 Teilnehmer*innen - unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln - durch die seit dem 16. Jahrhundert bestehende Anlage. Der Alte Südfriedhof war von 1788 bis 1868 die einzige Begräbnisstätte der Stadt München, weshalb hier zahlreiche prominente Münchner*innen ihre letzte Ruhestätte gefunden haben.

So liegen hier unter anderem die Frauenrechtlerin Ellen Ammann, der Architekt Friedrich von Gärtner, der Mitbegründer des Oktoberfests Andreas Michael Dall' Armi, der Physiker Joseph von Fraunhofer sowie Mitglieder bekannter



Brauereidynastien. Die letzte Bestattung fand im Jahr 1944 statt. Der Friedhof ist für Interessierte täglich geöffnet. Ein Besuch lohnt sich zu jeder Jahreszeit. Weitere Infos und die Öffnungszeiten sind unter www.münchen.de zu finden.







Bild oben: Friedhofsführung, Bild unten von li nach re: Alter Südfriedhof, Michi Sauerwein, Emanuel Schmid



Wir informieren - auch in den Dienstgebäuden

Das Schwarze Brett ist eine Tafel, die in den Gebäuden unserer Verwaltung zu finden ist. Dort werden auch Informationen der Gewerkschaft ver.di für die Beschäftigten angebracht.

Der Ursprung "Schwarzer Bretter" liegt bereits mehrere Jahrhunderte zurück, als Gemeinden amtliche Mitteilungen an Bäume hefteten. Daraus entwickelte sich im Laufe der Zeit eine Tafel, an der Zettel angebracht wurden, um die Menschen zu informieren. Dieses Informationsmedium verwendete der Jurist und Philosoph Christian Thomasius erstmals im Jahre 1687 für die Studierenden.

Natürlich gab's damals kein Telefon, geschweige denn das Internet, um sich auszutauschen. Trotzdem sind auch heute die Infotafeln alles andere als überholt. In einer Zeit der digitalen Nachrichtenvermittlung, von der wir geradezu überflutet werden - und vieles im wahrsten Sinne des Wortes untergeht - hat das Schwarze Brett weiterhin eine feste Daseinsberechtigung.

Aus Brandschutzgründen wurden in unseren Münchner Dienstgebäuden manche Anschlagtafeln durch Vitrinen ersetzt.





Das sind die aktuellen Standorte:

- Deroystr. 10 EG Vitrine rechts im Seitengang des Sitzungsraumes
- Deroystr. 18 EG
- Deroystr. 20 EG
- Deroystr. 22 EG
- Katharina-von-Bora-Str. 4 EG
- Karlstr. 9-11 EG
- Sophienstr. 6 Foyer Landesamt
- Prinz-Ludwig-Str. 1-5 EG
- Abt. VI Winzererstr. 47 a EG





Wir ziehen um!

In der Schwanthalerstraße 64 soll ein neues, modernes Gewerkschaftshaus entstehen. Für die Übergangszeit beziehen DGB und ver.di ein Übergangsquartier in der Neumarkter Straße 22, 81673 München:

mit ÖPNV erreichbar:

- S-Bahn (bis Station Leuchtenbergring und 13 Minuten Fußweg)
- Bus 59 (Haltestelle Ampfinger Straße) und 190/191 (Haltestelle Neumarkterstraße)
- Tram 21 (Haltestelle Ampfinger Straße)

geöffnet Montag bis Freitag geöffnet Montag bis Donnerstag telefonisch erreichbar:

von 8:30 Uhr bis 12 Uhr von 13 Uhr bis 16:30 Uhr 089/599 77-0

und per E-Mail:

für Rechtsberatung oder in Mitgliederangelegenheiten bei Themen, die das Finanzamt München betreffen: für alle anderen Themen:

service.bayern@verdi.de a.dullinger@gmx.de bezirk.m@verdi.de

ver.di Mitglieder sind im Vorteil!

Überblick über Leistungen und Service von ver.di für Mitglieder unter:

darum-verdi.de



Was zum Mitraten, Schmunzeln und Gewinnen

(von Wolfgang Untergehrer)

Eure Zuschriften mit dem richtigen Lösungswort bitte an Wolfgang.Untergehrer@gmx.de (Finanzamt München, Abteilung IV) senden. In dieser Ausgabe zu gewinnen: Buch "Zugspitze: Berg der Kontraste" von Stefan König Wer findet das richtige Lösungswort?

Einsendeschluss 15.03.2021

Lösungswort

0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 Von Arbeitgebern z.T. geförderte körperliche Bewegung zum Ausgleich der Belastungen Petar, legendärer Torhüter der Münchner Löwen, einer der ersten ausländischen Fußball Motorisierte Zweiräder mit E-Antrieb, sie stehen und liegen gerade in München an allen Ecken und Enden (immer noch) Olympische Traditionssportart seit 1908 (im Sommer und Winter!), hier wurden schon Joseph Hannesschläger war hier für 453 Episoden der Korbinian Hofer, ein Darsteller Wer sich auf Covid-19 untersuchen lässt, hat in München genug Alternativen, sowas Steuerlich begünstigte Zuwendung in vielen Untemehmen der freien Wirtschaft, von Wenn er im Erwachsenenalter im Ober- oder Unterkiefer durchbricht, dann kann es Substanzabgabe auf Basis des Eigentums an Grund und Boden, hier brauchen wir Märchen der Gebrüder Grimm und die Moral von der Geschicht: Halt Dich fern von Ort im österreichischen Pongau, in dem die traditionelle Vierschanzentournee der m Fall der Fälle wurde für den Mieter einer öffentlich geförderten Wohnung eine Außerordentliche, umsatzabhängige Wirtschaftshilfe für die finanziellen Ausfälle Es war einmal - eine Bewegung zur Aneignung der Produktionsmittel durch die existiert u.a. im "Pacha", im "Hackerhaus" und auf der "Theresienwiese" Organisationsmängel, dann gibt es nur eins: Anzeige beim Arbeitgeberl Spindeln, das Leben ist zu kurz, um auf den rettenden Prinz zu warten Wenn ein Arbeitnehmer zu viel leisten muss, auch wegen betrieblicher Fischers Fritz fischt frische Fische", "veni, vici, vici" oder "Wir Wiener Ausgleichszahlung fällig - in Bayem abgeschafft zum 01.01.2008. Accor-Schecks in Papier bis Lunchit, ganz modern über die App ", ein rhetorisches Stilmittel (auch: Stabreim) des Arbeitsalltags, bei uns Pilates, Yoga, Qi-Gong und mehr Gewerkschaften (begründet durch Pierre-Joseph Proudhon) Oma und Opa von Sonja Henie oder John Curry verzaubert Skispringer jedes Jahr auf's Neue endet - "Ziiiiieeeeh!!!!" Einheitswerte und Hebesätze, ab 2025 wird alles anders aufgrund der Pandemiemaßnahmen ab 01.11.2020 manchmal schmerzhaft werden und er muss raus pereits der ersten Stunde (2002)

Impressum: Redaktion Wolfgang Untergehrer, Martin Heitzer, Michaela Sauerwein,

0 κ 4 ω 9

Angelica Dullinger

ViSdP: Jasmin Hofmann, ver.di-Bezirk München, Neumarkter Straße 22, 81673 München

Satz, Druck: Monika Rechner, outprint-rechner, München



4